

Antrag

der Abgeordneten Christian Görke, Dr. Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Caren Lay, Ralph Lenkert, Christian Leye, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Victor Perli, Bernd Riexinger, Alexander Ulrich, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

Einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Multimillionärinnen sowie Milliardäre und Milliardärinnen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Schon die Corona-Krise war für viele Menschen eine finanzielle Belastung. Nun folgt darauf mit der Energiepreiskrise die nächste. Während die große Mehrheit der Bevölkerung mit finanziellen Nöten konfrontiert ist, konnten die Vermögendsten in diesem Land ihr Vermögen auch während der Krisen mehren. Allein die reichsten 1 Prozent vereinen fast ein Drittel des deutschen Nettovermögens auf sich (vgl. <https://www.bundesbank.de/resource/blob/894880/958edb67dec48f1dbdeccaf0efd36768/mL/2022-07-vermoegensbilanz-data.pdf>). Wenn der Bundeskanzler das Krisenmotto ausgibt, dass sich die Gesellschaft in der Krise unterhaken muss, dann sind vor allem diejenigen gefragt, die den größten finanziellen Puffer haben. Daher braucht es eine einmalige Vermögensabgabe nach Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Multimillionärinnen und Milliardäre und Milliardärinnen gemäß Artikel 106 Absatz 1 Nummer 5 des Grundgesetzes vorsieht und sich am Vorbild des Lastenausgleichs orientiert.

Berlin, den 8. November 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Bei der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs für eine Vermögensabgabe kann die Bundesregierung auf eine Vielzahl von Vorschlägen und Vorüberlegungen unterschiedlicher Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen zurückgreifen. Als Beispiel sei hier unter anderem auf Vorschläge aus der SPD, von Seiten BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und seitens der Fraktion DIE LINKE. verwiesen. Zu den Vorschlägen der LINKEN liegen auch konkrete Bewertungen zur Ausgestaltung, Machbarkeit und den möglichen Einnahmen einer Vermögensabgabe seitens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vor namens „Vermögensabgabe DIE LINKE. Aufkommen und Verteilungswirkungen“.